

Inhalt

- Grünes EU-Recht am Vormarsch
- Wettlauf um das digitale Geld
- Cybersicherheit in der EU
- Kroatische Ratspräsidentschaft
- Die europäische Gleichberechtigungsstrategie
- Brexit – Großbritannien sagt Farewell
- Aktuelle Termine

EU-Newsletter

Ausgabe 152
Jänner 2020



EU-Newsletter, Ausgabe 152

1

Text Roland Tassler

Grünes EU-Recht am Vormarsch



Nicht nur in Österreich wird die grüne Handschrift stärker sichtbar werden, auch in Brüssel dreht sich alles nur mehr um „Grün“! Ohne Übertreibung muss man festhalten, dass sich die EU-Politik in einer Zäsur befindet. Natürlich war Klimapolitik schon länger ein Thema. Neu ist jedoch, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine strikte Parole ausgegeben hat: Alle Politiken und Rechtsakte haben sich der Erreichung der Pariser Klimaziele unterzuordnen.

Der Grüne Deal: die neue Langfriststrategie der EU

Zwar hatte schon die letzte Langfriststrategie der Union, die „Europa 2020 Strategie“, das Ziel, die Wirtschaft auf Nachhaltigkeit auszurichten, aber es fehlte das „politische Momentum“, um das Thema in die Talkshows zu bringen und somit massentauglich und politikrelevant zu machen. Laut der EU-Statistikbehörde

betrachten mittlerweile 93% der Europäer den Klimawandel als ernstes Problem. Die Zeit war reif für eine neue Wachstumsstrategie, die sich zur Gänze der Nachhaltigkeit verschrieben hat. Da sich der Grüne Deal auf alle Wirtschaftszweige erstreckt – Verkehr, Energie, Landwirtschaft, Gebäude sowie die Stahl-, Zement-, IKT-, Textil- und Chemieindustrie – werden die Auswirkungen der kommenden Rechtsakte diesmal alle spüren.

Kernziel: CO₂-Neutralität bis spätestens 2050

Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine immense Anstrengung erforderlich. Die Kommission schätzt, dass zur Erreichung allein der derzeitigen Klima- und Energieziele bis 2030 zusätzliche Investitionen in Höhe von 260 Mrd. Euro jährlich erforderlich sind. Der größte Handlungsbedarf besteht im Energiebereich. Auf die Erzeugung und den Verbrauch entfallen mehr

als 75% der Treibhausgasemissionen. 40% des Energieverbrauchs entfallen auf den Gebäudebestand. Konsequenterweise wird die Kommission 2020 eine Renovierungsinitiative starten, um Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden zu fördern. Der thermischen Sanierung von Sozialwohnungen soll besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Neuer Aktionsplan für nachhaltiges Finanzwesen

Damit auch Finanzinstitute zusätzliche Anreize erhalten, sich an der grünen Wende zu beteiligen, wird die Kommission im Herbst eine grüne Finanzierungsstrategie vorlegen. Nachhaltige private Investitionen sollen mobilisiert werden.

Zur Vorbereitung dieses Aktionsplans startet die Kommission im März eine Konsultation, an der sich der Sparkassenverband beteiligen wird.

Text Laura Heller

Wettlauf um das digitale Geld

EU-Länder wollen Digitalwährungen wie Libra vorerst nicht zulassen

Die EU-Länder haben sich auf eine harte Linie gegenüber Digitalgeld von Privatunternehmen, wie der geplanten Facebook-Währung Libra, verständigt. Denn Kryptowährungen von Firmen sollen in der EU nicht erlaubt werden, bis die von ihnen ausgehenden Risiken identifiziert und eliminiert seien.

Dennoch, Experten trauen Facebook mit seinen rund 2,5 Milliarden Nutzern zu, mit Libra das globale Finanz- und Währungssystem zu erschüttern. Anders als die bislang führende Digitalwährung Bitcoin soll Libra ein Stable-Coin sein, der sich an traditionellen Währungen orientieren und damit weniger schwankungsanfällig sein soll. Dadurch könnten Geldtransfers über Ländergrenzen hinweg schneller und günstiger werden. Gleichzeitig sind solche Systeme mit vielfältigen Herausforderungen und Risiken verbunden, vor allem in den Bereichen Verbraucherschutz, Cybersicher-



© Pixabay/WorldSpectrum

heit, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Marktintegrität, Governance und Rechtssicherheit.

Blockchain und Kryptowährungen als mögliches Systemrisiko?

Die Gefahren von Cyber-Bedrohungen und ein solider Rechtsrahmen für Kryptowährungen rücken zunehmend in den Fokus der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) sowie der

Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission. Die meisten Kryptotoanlagen unterliegen keinen bestehenden EU-Rechtsvorschriften, was ein beträchtliches Risiko darstellen kann. Die Kommission prüft und bewertet deshalb bestehende Rechtsvorschriften dahingehend, ob sie wirksam auf diese neue Art von Vermögenswerten angewendet werden können und ob Bedarf nach einem ad hoc EU-Regulierungsrahmen besteht. Vizepräsident Valdis Dombrovskis hatte diesbezüglich bereits bei seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament am 8. Oktober 2019 seine Absicht mitgeteilt, einen Rechtsrahmen für alle Kryptotoanlagen vorzuschlagen.

Aus der Sicht des Sparkassenverbands ist es dringend geboten, dass vor einem Stable-Coin System zuerst die rechtlichen, regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Herausforderungen und Risiken angemessen ermittelt und angegangen werden.

Text Laura Heller

Cybersicherheit in der EU

Schon 2018 betonte der Europäische Rat, dass angesichts stetig wachsender Herausforderungen im Bereich der Cybersicherheit die EU dafür sorgen muss, dass Cyber-Angriffe gegen Mitgliedsstaaten oder EU-Institutionen stärker wahrgenommen und entschlossener bekämpft werden. Als Teil des im letzten Jahr verabschiedeten EU-Cybersecurity Acts könnten Zertifizierungssysteme für einige Waren und Dienstleistungen zur Normalität werden. Deren Umfang ist von der Kommission und der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) noch zu klären.

Durch die immer stärker werdende Digitalisierung ist die Gefahr von erheblichen Verletzungen der Cybersicherheit im öffentlichen und privaten Sektor in 2020 so hoch wie noch nie, wobei die Grenzen zwischen Hackerkultur, Kriminalität und Terrorismus weiter verwischt werden. Es ist zu erwarten, dass die Cyber-Kriegsführung eng in Verbindung mit künstlicher Intelligenz

agieren könnte und dass die Kosten für die Cyber-Versicherung infolge der Zunahme von Bedrohungen und Angriffen steigen werden.

Gemeinsam für einen stärkeren Schutz

Die Europäischen Aufsichtsbehörden empfehlen der Kommission im April 2019, gezielte Verbesserungen des EU-Regulierungsrahmens für das Finanzsystem vorzuschlagen, um einheitliche Regulierungs- und Aufsichtsvorgaben für die Betriebsstabilität der Informations- und Kommunikations-Technologien im Finanzsektor zu entwickeln. Ziel ist es, die Regeln unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit EU-weit zu harmonisieren, um den Finanzsektor sicherer und widerstandsfähiger gegenüber Cyberangriffen zu gestalten, dabei aber zugleich ihre Einhaltung zu erleichtern und den Verwaltungsaufwand zu verringern. Die EU-Verordnung zur Standardisierung von

Cybersicherheit soll deshalb die Sicherheit von Onlinediensten und vernetzten Geräten verbessern. Im Rahmen dieser Cybersicherheitsreform leiten die EU-Institutionen außerdem Rechtsvorschriften ein, mit denen ein Europäisches Kompetenzzentrum für Cybersicherheitsforschung geschaffen werden soll, das sich auf ein Netz nationaler Koordinierungszentren stützt.

Die Sparkassengruppe investiert sehr viel in diesem Bereich. Die Erhöhung der Sicherheit auf EU-Ebene und eine zentrale Bekämpfung sind aus unserer Sicht dringend notwendig.



© Pixabay/geralt

Text Dina Filipović

Kroatische Ratspräsidentschaft

Ein starkes Europa in einer Welt voller Herausforderungen

Mit dem Neujahr hat der jüngste EU-Mitgliedstaat zum ersten Mal die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Das Motto: „Ein starkes Europa in einer Welt voller Herausforderungen“.

Während den nächsten sechs Monaten wird Kroatien die politische Agenda bestimmen, die Sitzungen im Rat leiten, die Kontinuität der Arbeit im Rat sicherstellen sowie auch für die Vertretung des Rates gegenüber anderen EU-Institutionen verantwortlich sein.

Der kroatische Vorsitz befindet sich jedoch in einer schwierigen Position, da er am Anfang eines neuen institutionellen Zyklus der EU startet.

Prioritäten der Kroatischen Ratspräsidentschaft

Die Prioritäten der neuen Ratspräsidentschaft konzentrieren sich auf vier Berei-

che: Entwicklung, Vernetzung, Sicherheit und globaler Einfluss. Zu den größten Herausforderungen für den kroatischen Vorsitz zählen die Verhandlungen über den EU-Haushalt 2021 – 2027 und sicherzustellen, dass der Austritt Großbritanniens nach mehrjährigen Verhandlungen reibungslos verläuft und ein gutes Nachbarschaftsverhältnis geschaffen werden kann.

Im Bereich der Finanzthemen wird das anstehende Halbjahr stark von den nächsten Schritten in der Umsetzung des europäischen Green Deals geprägt sein. Im Fokus stehen auch die Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion, die Vertiefung des Binnenmarktes, die Digitalisierungsagenda und weitere Stärkung der Stabilität des Bankensystems.

Schon im November letzten Jahres, während des Besuches unseres Präsidenten

Gerhard Fabisch und unseres Generalsekretärs Franz Portisch, nutzte der Sparkassenverband die Gelegenheit die wichtigsten Anliegen der Sparkassengruppe den kroatischen Repräsentanten in Brüssel vorzustellen.

Ganz oben auf der Tagesordnung standen die zentrale Bedeutung unserer Regionen sowie auch der Erhalt unserer dezentralen Struktur. Dies ist insbesondere wichtig angesichts der nicht endend wollenden Diskussionen über die mögliche Errichtung der europäischen Einlagensicherung.

Ein Land wie Kroatien, dessen Bankensektor zum Großteil aus Töchterunternehmen internationaler Finanzhäuser besteht, hat natürlich seine eigenen Prioritäten, die darauf ausgerichtet sind die Abhängigkeit von externen Unternehmen zu reduzieren und die Stabilität des internen Finanzmarktes zu sichern.



© Unsplash/
Niels Bosman

Text Dina Filipović

Die europäische Gleichberechtigungsstrategie

Die Wahl der ersten Frau an die Spitze der Kommission war schon ein großer Schritt für Europa. Einen 50% Frauenanteil an Kommissaren verfehlte die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, aber dennoch haarscharf.

Ihre Intention, eine gleichberechtigte Kommission zu bilden, zeigte jedoch, dass Geschlechtergerechtigkeit eine Priorität der neuen Kommission sein wird. Von der Leyen bildete den neuen Aufgabenbereich für die Gleichstellungspolitik und bestellte die maltesische Politikerin Helena Dalli zur ersten Kommissarin für Gleichberechtigung. Als neue Kommissarin kündigte Dalli die Entwicklung einer Strategie für Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern bis zum internationalen Frauentag am 8. März an.

In den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit soll die Kommission nun rechtsverbindliche Maßnahmen vorschlagen, die sich auf die Verringerung des geschlechtsspezifischen



© Pixabay/Wokandapix

Lohn- und Rentengefälles, den Kampf gegen Frauengewalt, Lohntransparenz und Geschlechterstereotypen beziehen. Die Form, in der diese Maßnahmen umgesetzt werden, ist noch unklar. Es kann jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit gesagt werden, dass diese Initia-

tive zu neuen Gesetzen in diesem Bereich führen wird.

Ein prominentes Beispiel solcher Gesetze wäre die Einführung von verbindlichen Quoten, die ein geschlechterbalanciertes Arbeitsumfeld vorsehen.

Text Laura Heller

Brexit – Großbritannien sagt Farewell

Am 23. Juni 2016 fand das Brexit Referendum statt. Nun, dreieinhalb Jahre später, ist es so weit: am 31. Jänner 2020 um 23 Uhr Ortszeit tritt das Vereinigte Königreich aus der EU aus. Nach 47-jähriger Ehe geht die Beziehung nun in die Brüche. Für die Brexiteers muss dieser Schritt entsprechend zelebriert werden, und zwar durch das Läuten der Big Ben-Glocke.

Nach dem Brexit ist vor dem Brexit

Mit dem Austritt am 31. Jänner ist es allerdings nicht getan. Die Übergangsphase dauert noch bis 31. Dezember 2020. Das heißt, bis dahin bleiben die EU-Gesetze gültig und Großbritannien im Binnenmarkt und in der Zollunion. Das Land wird aber nicht mehr an den Institutionen und den Entscheidungsprozessen der EU teilnehmen. Bis Ende der Frist soll ein Freihandelsabkommen ausgehandelt und rati-

fiziert werden, wodurch die zukünftigen Beziehungen mit der EU geregelt werden sollen. Sollten sich die Verhandlungen als schwierig erweisen, kann Boris Johnson bis Sommer 2020 um eine Verlängerung der Übergangsphase ansuchen. Es bleibt also weiterhin spannend.

Impressum & Kontakt

Österreichischer Sparkassenverband
A-1100 Wien, Am Belvedere 1
Telefon: +43(0)5 0100 - 284215
DVR 0056766 ZVR 419678876

European Affairs
Amrit Rescheneder
amrit.rescheneder@sv.sparkasse.at
B-1000 Brüssel, Rue Marie-Thérèse 11

Termine

31.01.2020
Brexit

14.02.2020
ÖSPV-EBA Treffen, Paris

26.02.2020
ÖSPV-SRB Treffen, Brüssel

23.03. - 27.03.2020
EBF Money Week, Brüssel

26.03. - 27.03.2020
Sitzung des Europäischen Rates,
Brüssel